

Favoriten + Zeitungsansicht Drucken Schliessen

Zwischen Weser und Rhein

Drei Ostwestfalen handeln die neue Regierung mit aus

Koalitionsgespräche: André Kuper (CDU) und Kai Abruszat (FDP) leiten die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik, Marc Lürbke (FDP) ist der Sprecher seiner Partei im Bereich der Innenpolitik. Es gab auch bereits die ersten politischen Beschlüsse

Von Lothar Schmalen

Düsseldorf. Einst machte Kurfürst Jan-Wellem Düsseldorf zur Hauptstadt des Herzogtums Jülich und Berg, nach ihm ist deshalb einer der schönsten Konferenzräume der Düsseldorfer Jugendherberge benannt. In dem Raum starteten die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und FDP zur Bildung einer neuen Landesregierung. Nur 105 Minuten brauchten die beiden Partner, um weitere Gespräch auf den Weg zu bringen.

Im Garten der Jugendherberge am Fuß der Rheinkniebrücke gaben Laschet und Lindner anschließend die Ergebnisse bekannt. Insgesamt 13 Arbeitsgruppen treffen sich von heute an, um die Projekte der neuen Landesregierung in den einzelnen Bereichen auszuhandeln. In jeder Arbeitsgruppe sitzen je fünf Vertreter der Parteien, angeführt von einem Sprecher.

In der Arbeitsgruppe Kommunales sind die Ostwestfalen unter sich. Der Rietberger André Kuper, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, führt die CDU-Gruppe in diesem Arbeitskreis an, Kai Abruszat, der frühere Landtagsabgeordnete und heutige Bürgermeister von Stemwede, die FDP-Gruppe. Im Arbeitskreis Inneres und Justiz spricht der Paderborner Marc Lürbke für die FDP und sitzt dem Generalsekretär der NRW-CDU, Bodo Löttgen, gegenüber. In einigen anderen Arbeitsgruppen gibt es durchaus prominente "Pärchen" der beiden Parteien. So kümmern sich Ex-Minister Karl-Josef Laumann (CDU) und der Generalsekretär der FDP, Johannes Vogel, um Arbeit und Gesundheit. Bei Wirtschaft, Energie und Digitalisierung sitzen sich der frühere Generalsekretär der NRW-CDU, Hendrik Wüst, und der frühere Wissenschaftsminister und FDP-Landeschef Andreas Pinkwart gegenüber. Der von den beiden Parteichefs Laschet und Lindner angeführte große Koalitionsausschuss trifft sich Mittwoch, 31. Mai, im Medienhafen zum zweiten Mal.

Und es gab auch bereits erste politische Beschlüsse: Eine schwarz-gelbe Landesregierung werde noch vor den Sommerferien die weitere Auflösung von Förderschulen stoppen, kündigten die Landesvorsitzenden von CDU und FDP, Armin Laschet und Christian Lindner, an. Um den 35 auslaufenden Förderschulen ein Weiterbestehen zu ermöglichen, wollen CDU und FDP Ausnahmen bei der Mindestgröße zulassen. Außerdem soll der Amri-Untersuchungsausschuss des Landtags wieder eingesetzt werden.

© 2017 Neue Westfälische
07 - Gütersloh, Mittwoch 24. Mai 2017